

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021  
18.-19. Juni

**Antrags-Nr.: 1.11.5**

**Thema: Vom Frauenwahlrecht zum Paritätsgesetz**

**Antragsteller: AWO BV Hannover e.V.**

**1 Die Bundeskonferenz möge beschließen:**

2

3 Die Arbeiterwohlfahrt fordert die Parteien im Deutschen Bundestag und den Landta-  
4 gen auf, die Wahlgesetze auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene dahinge-  
5 hend zu ändern, dass verbindliche Vorgaben für die Herstellung von Geschlechter-  
6 parität gemacht werden. Mit diesen Wahlrechtsänderungen soll eine stärkere Reprä-  
7 sentanz von Frauen in den politischen Vertretungen und Parlamenten annähernd im  
8 Geschlechterverhältnis von 50/50 Prozent erreicht werden.

9 Sofern eine vorgegebene Regelung seitens der politischen Parteien nicht eingehal-  
10 ten wird, sollte das Vorgehen wirksam sanktioniert werden bis hin zu einer Nicht-  
11 Zulassung der entsprechenden Partei zur Wahl. Darüber hinaus fordern wir, dass die  
12 Rahmenbedingungen und Arbeitsweisen der Parteien, sich den Bedürfnissen von  
13 Menschen anpassen, um eine Vereinbarkeit von politischen Ämtern und Engage-  
14 ment mit privaten Verhältnissen (z.B. durch Antidiskriminierungsarbeit,  
15 Vereinbarkeit mit Familie, pflegenden Angehörigen oder durch andere Beeinträchti-  
16 gungen) zu gewährleisten.

17

**18 Begründung:**

19

20 Frauen und Männer haben die gleichen Rechte, an politischen Entscheidungen teil-  
21 zunehmen und diese zu beeinflussen. Aufgrund verschiedener struktureller Faktoren  
22 ist die Repräsentanz von Frauen in den deutschen Parlamenten und in entschei-  
23 den Funktionen bisher nicht ausreichend gegeben. Eine Chancengleichheit bei der  
24 Aufstellung von Kandidierenden der Parteien ist bisher nicht sichtbar.

25 In die erste Nationalversammlung nach Einführung des Frauenwahlrechts im Jahr  
26 1919 wurden neun Prozent Frauen gewählt. Heute liegt der Frauenanteil im Bundes-  
27 tag bei 31 Prozent und fällt auf den Wert aus dem Jahr 1998 zurück.

28 Anlässlich des 100. jährigen Jubiläums zur Einführung des Frauenwahlrechts und  
29 der Verlangsamung der gleichstellungspolitischen Entwicklungen wird eine Veranke-  
30 rung des Paritätsgedanken in den Wahlrechtsgesetzen in Deutschland gefordert. Es  
31 gibt verschiedene Modelle zur Erzielung einer paritätischen Quote, die den gleichen  
32 Zugang zur politischen Macht schaffen können. Europäische Vorreiterinnen sind die  
33 Länder wie Frankreich, Belgien, Griechenland, Irland, Kroatien, Luxemburg, Polen,  
34 Portugal, Slowenien und Spanien, die bereits verschiedene Versionen des Paritäts-  
35 gesetzes vorweisen können. In Deutschland wurden seit dem Jahr 2019 in Bran-  
36 denburg und Thüringen Paritätsgesetze verabschiedet.

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021  
18.-19. Juni

**Empfehlung der Antragskommission:**

Überweisung an das Präsidium

**Beschluss:**

- Nichtbefassung
- Annahme
- Überweisung an das Präsidium
- Ablehnung